REICHSBÜRGER*INNEN – VÖLKISCHER AUTORITARISMUS STATT DEMOKRATIE

firm
FACHINFORMATIONSSTELLE
RECHTSEXTREMISMUS
MÜNCHEN
FEIERWERK

Frieden, Freiheit und Herzchen auf der Reichsfahne: Einige Teile der Reichsbürgerszene geben sich nach außen betont harmlos. Foto: firm

Reichsbürger*innen sind ein sehr heterogenes Spektrum von Menschen, welche die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland als souveränem Staat leugnen. Den bundesdeutschen Staat mit seinen Normen, Gesetzen, Bundesländern, Kommunen, Angestellten und Behörden erkennen sie nicht als rechtmäßig an.

Daraus ergeben sich für Reichsbürger*innen unterschiedliche Konsequenzen: Einige sind etwa der Überzeugung, dass das Deutsche Reich nach Ende des zweiten Weltkrieges nicht aufgehört hat zu existieren, sondern weiterhin den einzigen legitimen Staat auf dem Staatsgebiet innerhalb der Grenzen des Jahres 1937 darstellt. Diese größere Strömung innerhalb der Reichsbürgerszene meint, das Deutsche Reich von 1871 fortführen zu können. Wiederum andere Reichsbürger*innen rufen dagegen vollständig neue, eigene „Staaten", wie zum Beispiel das „Königreich Deutschland" oder „Lichtland" aus. Eine weitere Spielart in der Szene sind die „Selbstverwalter", die keine eigenen „Staaten" gründen, sondern versuchen, sich in dem angeblichen Zustand der Rechtlosigkeit so gut es geht zu organisieren. In ihren Kreisen werben Organisationen wie „Internationales Zentrum für Menschenrechte", die „Natürliche Föderation" oder „Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft" um Anhänger*innen. In allen Strömungen der Reichsbürgerszene gibt es Bewegungsunternehmer*innen, die mit Büchern, Seminaren und Workshops Geld verdienen und entsprechende Inhalte und Tipps verbreiten. So bietet etwa „Wissen macht frei" Kurse zur Vermeidung von Steuerzahlungen an.

Reichbürger*innen reformulieren ihre Ideologeme, kombinieren sie mit anderen Inhalten und versuchen, sie stets so effektiv wie möglich nach außen zu tragen. Hier etwa unter anderem in Anlehnung an den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Foto: firm

REICHSBÜRGERIDEOLOGIE IST RECHTES VERSCHWÖRUNGSDENKEN

Die Reichsbürgerideologie stellt eine besondere Art von Verschwörungsdenken dar: Alle Teile des Spektrums machen eine kleine Gruppe von Akteur*innen, wie zum Beispiel die Alliierten des Zweiten Weltkrieges oder kleine Zirkel politischer oder wirtschaftlicher Eliten als Hauptverantwortliche und –schuldige für den aktuellen rechtlichen Status Quo aus. So ist etwa unter Reichsbürger*innen die Annahme weit verbreitet, dass mächtige finstere Hintermänner eine nur scheinbar staatliche Firma namens „BRD-GmbH“ betreiben und mit deren Hilfe Deutschland politisch kontrollieren. Die Erzählungen der Szene sind immer wieder explizit antisemitisch und behaupten, dass diese bösen Hintermänner „die Juden“ zum Beispiel in Person des Milliardärs George Soros sind, welche die in ihren Augen nicht legitimen Staatswesen aufrechterhalten, um die Bevölkerung zu unterdrücken.

Reichsbürger*innen glauben häufig auch an andere Verschwörungserzählungen, zum Beispiel über einen angeblich nur vorgetäuschten Klimawandel oder eine vermeintliche künstlich erzeugte und gesteuerte Migration nach Deutschland („Großer Austausch“). Besonders beliebt sind in der Szene die Narrative von Q-Anonymous, die ursprünglich aus den USA stammen und behaupten, dass globale Eliten weltweit Kinder entführen, missbrauchen und foltern würden. Ihre Anhänger*innen sehen sich als Kämpfer*innen des Guten, die mit der Hilfe von Verbündeten im Militär gegen diese weltweite „Kabale“ vorgehen und kurz vor dem endgültigen Sieg, dem „Great Awakening“, stehen. Dass sich diese Verschwörungserzählungen teils massiv widersprechen, ist dabei egal: für Reichsbürger*innen und andere Verschwörungsgläubige sind sie Teil ihres Weltbilds, aber auch Teil ihrer Identität.

Unter Reichsbürger*innen kursieren weitere Verschwörungserzählungen. Viele glauben etwa an die „Q-Anonymous“-Falschinformationen, denen zufolge satanische globale Eliten Kinder missbrauchen und töten. Foto: firm

VÖLKISCHES DENKEN UND REVISIONISMUS

Erhebliche Teile des Reichsbürgerspektrums pflegen neben ihren verschwörungsideologischen Konstrukten ein völkisches bis extrem rechtes Weltbild. So streben sie ethnisch homogene Gemeinwesen auf der Grundlage von Abstammungsnachweisen an und verbreiten antisemitische Hetze. Die Reichsbürger*innen, die das Deutsche Reich wiedererrichten möchten, wünschen sich einen monarchistischen autoritären Staat. Sie fordern außerdem, die Grenzen Deutschlands wieder auf den Stand von 1871 zu verschieben, also Gebiete zu beanspruchen, die heute zu Frankreich, Polen und der Tschechischen Republik gehören.

Völkischer Revisionismus: Am 31. August 2024 forderten Reichsbürger*innen in München Gebiete zurück, die seit Jahrzehnten Teil von Frankreich, Polen, Österreich und der Tschechischen Republik sind. In ihrer völkischen Vorstellung geht Deutschland weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus und ist ethnisch definiert. Fotos: firm

„Souveränität" ist eine Kernforderung der Szene und ein wichtiger Anschlusspunkt für politische Verbündete zum Beispiel aus anderen Teilen der extremen Rechten. Hier greift die AfD das Thema mit einer Resolution auf. Quelle: https://afd-wirkt.de/aktuell/resolutionen/souveraenitaets-resolution

Einige Reichsbürger*innen kombinieren ihre Ablehnung des Staates und seiner Gesetze mit weiteren politischen Identitäten und sind in extrem rechten Gruppierungen und Parteien wie den „Freien Sachsen" und der AfD aktiv. Diese Organisationen verbreiten selbst Erzählungen über eine angeblich mangelnde politische Souveränität der Bundesrepublik, die zu stark abhängig sei von der EU und den USA. Solche Narrative sind anschlussfähig für Reichsbürger*innen, welche ihre Zweifel an der Existenz des deutschen Staates häufig äußern, indem sie seine Eigenständigkeit anzweifeln. Darüber hinaus teilen sie meist die starken Sympathien dieser extrem rechten Gruppen für die autoritäre russische Regierung. Esoterisches, christlich-fundamentalistisches und naturrechtliches Denken ist unter einigen Reichsbürger*innen ebenfalls verbreitet, sodass sie ihre vermeintlichen „Staaten" und Netzwerke zuweilen auch danach ausrichten.

Links: Der Ruf nach einem Friedensvertrag für den Zweiten Weltkrieg beinhaltet die Annahme, dass dieser noch nicht beendet ist und Deutschland daher weiterhin im Zustand der Rechtlosigkeit von den Alliierten kontrolliert wird. Foto: firm

Reichsbürger*innen sind auch in der Pandemieleugnerszene aktiv. Sie nutzten die größeren Mobilisierungen 2021 und 2022 auch in München, um ihre Themen zu platzieren. Foto: firm

NEUE ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN: REICHSBÜRGER*INNEN IN DER CORONA-PANDEMIE

In der Corona-Pandemie ist die Reichsbürgerszene stark gewachsen: Viele Menschen haben sich im Internet entsprechenden Inhalten zugewandt – zum Beispiel in ihren Kanälen auf der Plattform „Telegram“. Die Pandemieleugnerszene, die gegen die Infektionsschutzmaßnahmen mobilmacht(e), hat Überschneidungen mit der Reichsbürgerszene. Sie arbeitet mit Reichsbürger*innen zusammen und nimmt sie in ihre Reihen auf. So äußerte eine Frau, die auf Demonstrationen der Gruppe „München steht auf“ als Rednerin auftrat, auf einer einschlägigen Kundgebung am 21. September 2024 Reichsbürgerpositionen. In der Pandemieleugnerszene reihen sich solche Erzählungen neben den übrigen Verschwörungsideologien ein – eine Abgrenzung lehnt sie auch in diese Richtung ab. Die beiden Szenen teilen die gleichen Feindbilder: demokratische Institutionen, die Medien, die Bundesregierung, Wissenschaftler*innen und politische Gegner*innen wie Bündnis90/Die Grünen. Reichsbürger*innen und andere Verschwörungsideolog*innen agitieren gegen diese Akteur*innen ebenso wie die extreme Rechte.

Auf einer Demonstration der Pandemieleugnerszene im Jahr 2022 schwenkt eine Angehörige der Reichsbürger*innenszene eine Fahne, die sich auf die angeblich herrschenden Besatzungsrechte der alliierten Truppen nach dem zweiten Weltkrieg bezieht. Foto: firm

Von den Pandemieleugner*innen haben einige Reichsbürger*innen gelernt und verwenden ähnliche Strategien zur Selbstverharmlosung. Sie behaupten zum Beispiel, sich vor allem für den Frieden einzusetzen und dass nur die Erfüllung ihrer Forderungen zur Wiedererrichtung des Kaiserreichs diesen Frieden bringen könne. Einige Reichsbürger*innen beanspruchen wie die Pandemieleugnerszene, Grundrechte zu verteidigen und sich damit gegen einen übergriffigen Staat zur Wehr zur setzen. So tarnen sie ihre reaktionären Positionen besser, als wenn sie direkt unverblümt ihre Kerninhalte in den Mittelpunkt stellen.

Schulterschluss mit Reichsbürger*innen: Im Mai 2023 unterstützt die Pandemieleugnerszene den im Zuge der Ermittlungen gegen die „Patriotische Union" festgenommenen Maximilian E.. Der Ex-Soldat soll für den Aufbau des militärischen Arms der Gruppe verantwortlich gewesen sein. Foto: firm

FRIEDEN DURCH ANSCHLÄGE?

In der Corona-Pandemie haben Behörden mehrere Reichsbürgergruppen zerschlagen, die Anschläge in Deutschland geplant haben sollen.

Die „Vereinten Patrioten" planten demnach, mit Terrorangriffen auf die Strominfrastruktur einen Bürgerkrieg auszulösen und die entstehende Unruhe für einen Staatsstreich zu nutzen. Die Gruppe „Patriotische Union", die mit dutzenden Mitgliedern, darunter der Anführer Heinrich Prinz Reuß und die AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann, die Beseitigung der Bundesregierung geplant haben soll, war noch größer. Bei Durchsuchungen wurden hunderttausende Euro Bargeld, detaillierte Pläne und Listen mit Gegner*innen sowie hunderte Waffen und zentnerweise Munition gefunden. Ermittler*innen zufolge sollten bei dem Umsturz politische Gegner*innen gefangengenommen und ermordet werden.

Der frühere Soldat Maximilian E., der den paramilitärischen Arm der „Patriotischen Union" organisiert haben soll, war unter anderem in München in der Pandemieleugnerszene aktiv. In der gleichen Gruppe engagierte sich auch die ehemalige Kandidatin der Pandemieleugner*innen-Partei die „Basis", Johanna Findeisen. Der Reichsbürgeraktivist Frank Radon trat immer wieder auf Kundgebungen der Pandemieleugner*innen auf – so auch in München. Angehörige der Szene bekunden ihre Solidarität mit den Verdächtigen im Fall der „Patriotischen Union" – im Jahr 2023 organisierten sie eigene Kundgebungen und Demonstrationen an der JVA in München-Stadelheim, um sie zu unterstützen. In einem Aufzug der Pandemieleugnergruppe „München steht auf" forderte ein Mann im September 2024 „Freiheit für Maximilian Eder".

EINE ÄUSSERST VIELFÄLTIGE SZENE

Einzelpersonen, lose Zusammenschlüsse oder feste Gruppen – Reichsbürger*innen treten in vielen Formen auf.

Bundesweit gibt es laut den zuständigen Landessicherheitsbehörden, die erst seit einigen Jahren entsprechende Angaben veröffentlichen, 25.000 Reichsbürger*innen. Ihre tatsächliche Anzahl liegt wohl höher, genaue Angaben sind jedoch schwierig aufgrund der Vielfalt der Szene. Dem bayerischen Innenministerium sind 5.400 Einwohner*innen des Freistaates als Reichsbürger*innen bekannt, von denen rund 400 in München leben (Stand Dezember 2023). Allerdings umfasst diese Aufstellung lediglich diejenigen Reichsbürger*innen, die sich den Behörden gegenüber offen zu erkennen gegeben haben, sodass von einer beträchtlichen Dunkelziffer ausgegangen werden muss, da nicht alle ihre Gesinnung offensiv nach außen tragen.

In München treten kleinere aber auch größere Reichsbürgergruppierungen wie beispielsweise der „Vaterländische Hilfsdienst", die „Wahlkommissionen", das „Königreich Deutschland", die „Germaniten" oder lose organisierte „SHAEF-Gruppen" auf. Über das Internet sind diese Akteur*innen, weniger straffe Zusammenschlüsse und Einzelpersonen aus dem Reichsbürgerspektrum gut vernetzt, tauschen sich über ihre Erfahrungen in der Konfrontation mit Staatsmacht und Behörden aus und verbreiten ihre Ideologie. Entsprechende Social-Media-Kanäle haben fünfstellige Zahlen von Benutzer*innen: Die Szene ist sehr viel größer als die feste Mitgliedschaft der Gruppierungen. Das zeigen unter anderem Auftritte von in der Szene bekannten Aktivisten wie Hans Joachim Müller. Sie ziehen Personen an, die nicht fest in Gruppen organisiert sind, aber ein entsprechendes Weltbild haben.

Links: Am 31. August 2024 demonstrierten Reichsbürger*innen unter der Losung „25+1 Bundesstaaten" durch München und forderten, das Kaiserreich wiederzuerrichten. Fotos: firm

ANGRIFFE AUF MITMENSCHEN UND DEN STAAT

Der Reichsbürgeraktivist Johannes M. wird im September 2024 durch das Landgericht München als Anführer einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Foto: firm

Reichsbürger*innen denken, dass sie sich permanent in einem Zustand der Rechtlosigkeit befinden, in dem nur das Recht des Stärkeren regiert. Sie halten den Rechtsstaat für nicht existent und die Polizei für eine gut bewaffnete Miliz, die sie auch gern als „Söldner" einer Firma „Constellis" bezeichnen. Polizeikräfte auf der ganzen Welt unterständen demnach angeblich heimlich dieser Firma und seien keine legitimen staatlichen Kräfte, die das Gewaltmonopol des Staates ausüben. Reichsbürger*innen halten es für völlig angemessen, das Recht in die eigenen Hände zu nehmen und auch mit Waffengewalt gegen andere Menschen und den in ihren Augen illegitimen Staat vorzugehen. Sie betrachten jeden staatlichen Eingriff in ihr Leben als unrechtmäßig und versuchen mit allen Mitteln, sich ihm zu entziehen. So setzen sie sich gegen Ausweis- und Führerscheinpflicht, Rundfunkbeiträge, waffen- und betäubungsmittelrechtliche Bestimmungen, Grundsteuern, die Straßenverkehrsordnung – kurz gegen jegliche Gesetze, Regeln, Pflichten, Steuern und Abgaben – zur Wehr. Hierbei zielen sie meist auf die zuständigen Behörden, Gerichte sowie die Polizei und versuchen deren Arbeit gezielt zu be- und verhindern: Sie schicken Ordnungsämtern und Gerichten Schreiben, die tausende Seiten umfassen, formulieren eine unüberschaubare Zahl von Anfragen und versuchen, Prozesse durch eine Vielzahl von Anträgen und Eingaben zu verzögern.

Für einige Menschen ist das Versprechen von Reichsbürger*innen, sich dem Staat widersetzen zu können, besonders in persönlichen Krisen so attraktiv, dass sie in die Szene einsteigen. Sie möchten glauben, dass Reichsbürger*innen mit ihren häufig komplizierten, scheinbar gewieften Methoden, Zwangsvollstreckungen, Steuerforderungen oder Maßnahmen des Jugendamtes abwehren können. Sie glauben den einschlägigen Aktivist*innen, dass sie nur deren Spezialwissen brauchen, um einen rechtlichen Sonderstatus für sich zu reklamieren und ihre Probleme verschwinden zu lassen. Diese Menschen verlieren nach einem intensiven Leidensweg meist ihre komplette Existenz, wenn es ihnen nicht vorher gelingt, sich aus dem Reichsbürgerdenken zu befreien.

Immer wieder nehmen Reichsbürger*innen einzelne, ihnen missliebige Personen, wie etwa Sachbearbeiter*innen in Behörden, Richter*innen, Staatsanwält*innen und Gerichtsvollzieher*innen ins Visier. Drohungen und Erpressungen auch mithilfe von Druckmitteln wie selbstverfassten „Gerichtsbeschlüssen", „Einziehungsaufträgen", „Rechnungen" und „Mahnbescheiden", Einschüchterungen einschließlich der Veröffentlichung von Klarnamen und Adressen auf einschlägigen Internetseiten, bis hin zu gezielter physischer Gewalt, setzen sie dabei ein. Für sie sind ihre Opfer lediglich „Büttel", „Personal der BRD-GmbH" und „Verbrecher". Auf der Basis von vermeintlich legitimen „Hoheitsrechten", die sie sich selbst verleihen, gehen Reichsbürger*innen vor allem in Gruppen gegen Andere vor: Sie bedrohen Andersdenkende, setzen Gerichtsvollzieher fest, verfolgen Behördenmitarbeiter*innen, stellen Richter*innen nach, stören Gerichtsprozesse und greifen Polizeibeamt*innen an. Im September 2024 wurde vor dem Landgericht München zum Beispiel der Reichsbürgeraktivist Johannes M. aus Olching als Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung verurteilt, weil er zusammen mit seinen Anhänger*innen aus seiner Telegramgruppe Polizist*innen und Jugendamtsmitarbeiter*innen beleidigt und bedroht hatte. Johannes M. und seine Gruppe wollten damit gegen Maßnahmen des Jugendamtes vorgehen und kündigten den Betroffenen deren Hinrichtung durch das Militär an. Sie überfluteten die Sachbearbeiter*innen mit massenweisen Beschimpfungen und Bedrohungen, tauschten deren Daten in der Gruppe aus und stachelten sich zu neuen Angriffen an. Reichsbürgerattacken sind nicht auf Staatsbedienstete beschränkt: Die offen rassistischen Aktivist*innen der Szene greifen außerdem Menschen an, die in ihrem völkischen Weltbild keinen Platz haben.

EIN AUSGEPRÄGTER HANG ZU WAFFEN UND GEWALT

Da viele Reichsbürger*innen, besonders aus dem rechtsradikalen Teil des Spektrums, legal oder illegal Waffen besitzen, bergen Konfrontationen mit ihnen ein hohes Konfliktpotential. Einige Reichsbürger*innen-Gruppen schließen Gewalttaten gegen ihre Gegner*innen in ihren Plänen für die Durchsetzung ihrer Staatskonstruktionen ein. So wie der paramilitärische Arm der „Patriotische(n) Union" organisieren sie die Durchführung dieser Mordpläne – von der Waffenbeschaffung bis hin zur Aufstellung von Todeslisten. Immer wieder werden bei Polizeieinsätzen auch in München ganze Sammlungen von Waffen gefunden, die Reichsbürger*innen gehortet haben. Im März 2023 wurden etwa bei einem Mann in Neuhausen Messer, Schlagstöcke, eine Armbrust, eine scharfe Pistole, mehrere tausend Stück Munition und drei funktionstüchtige Handgranaten gefunden. Im Oktober des gleichen Jahres beschlagnahmte die Polizei bei einem Paar in der Fasanerie über hundert Schusswaffen, Waffenteile und mehrere hundert Kilo Munition.

Diese Waffen sammeln Reichsbürger*innen nicht nur, sie setzen sie ein: In München schoss zum Beispiel im Februar 2023 ein Mann an einer Tankstelle mit einer Zwille Stahlkugeln auf Polizeibeamt*innen. Das erhebliche Risiko, das von bewaffneten Reichsbürger*innen ausgeht, zeigte auch ein Angriff einen Monat später: Als Ermittler*innen die Wohnung eines Verdächtigen mit Verbindung zur „Patriotischen Union" in Reutlingen durchsuchten, verschanzte sich der Mann hinter einem selbstgebauten kugelfesten Schild, schoss mit einer großkalibrigen Waffe auf die Polizist*innen und verletzte einen Beamten.

EINE ERNSTZUNEHMENDE GEFAHR

Reichsbürger*innen sind als politische Akteur*innen, welche die pluralistische demokratische Gesellschaft und ihre herrschenden Gesetze und Normen ablehnen und mit eigenen Regeln ersetzen, potentiell eine Bedrohung für alle Menschen, die sie als Vertreter*innen der Bundesrepublik betrachten oder die schlicht nicht in ihr reaktionäres Weltbild passen. Mögen ihre Aktivitäten für Außenstehende manchmal auf den ersten Blick auch skurril und seltsam wirken, sind sie doch ernstzunehmende verschwörungsideologische Aktivist*innen, die eine beträchtliche Gefahr für das friedliche Zusammenleben einer Gesellschaft darstellen.

V.i.S.d.P. Anne Wild

Feierwerk e. V.
Fachinformationsstelle
Rechtsextremismus München (firm)

Hansastraße 39 – 41
81373 München

firm@feierwerk.de
www.feierwerk.de/firm

gefördert von der

Landeshauptstadt
München
Fachstelle für Demokratie